



Presseschau vom 16.03.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachts:

Rusvesna.su: Ein ukrainischer TV-Sender verkündete beiläufig "ein Dutzend Selbstmorde" unter den Ex-Beamten der Janukowitsch-Regierung.

Den Toten, so informiert der Fernsehsender TSN, ist gemeinsam ihre Parteilzugehörigkeit, die Nähe zur Macht, die Beteiligung an Korruptionssystemen und der Beginn einer strafrechtlichen Untersuchung.

Und das, so der Kanal "TCH", macht reale Angst, dass die Epidemie von mysteriösen Selbstmorde gerade erst begonnen hat"...

Bisher hat der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU die Verbindung zwischen den Selbstmorden, der die Reihen nicht nur der Ex-Mitglieder der „Partei der Regionen“ lichtet, sondern auch wichtige Zeugen in eröffneten Prozessen gegen das Regime von Janukowitsch erfasst, nicht bestätigt, betont TSN...



de.sputniknews.com: Die Minsker Vereinbarungen zur Regelung der Ukraine-Krise funktionieren, obgleich der ukrainische Präsident in seinen jüngsten Äußerungen das Gegenteil behauptet, wie Alexej Puschkow, Chef des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (russisches Unterhaus), auf

Twitter einschätzte.

In einem BILD-Interview hatte der ukrainische Präsident zuvor gesagt, das Minsker Abkommen funktioniere nicht. Minsk sei „für uns Hoffnung, nicht Realität“.

„Was er auch sagen mag, die Minsker Vereinbarungen funktionieren: Seit wieviel Tagen beschießen doch ukrainische Militärs keine Städte mehr, wieviel Menschen sind am Leben geblieben“, twitterte Puschkow am Sonnabend.



vormittags:

Dan-news.info: Gemeinsame Erklärung von D.W. Puschilin und W.N. Dejnego

Wir drücken die Hoffnung auf eine möglichst schnelle Annahme des Beschlusses der Obersten Rada der Ukraine aus. Die Partei des Krieges darf die Annahme des Beschlusses nicht für eine Revision des „Gesetzes über den besonderen Status“ selbst verwenden und für die Einfügung von Änderungen in dieses, die nicht mit den Vertretern des Donbass abgestimmt sind.

Wir unterstreichen, dass die Annahme des Beschlusses ohne eine Verzerrung des Sinns des Minsker Maßnahmekomplexes den Prozess der friedlichen Regelung sehr stark voranbringen wird und Voraussetzungen für gegenseitiges Vertrauen schaffen wird!

de.sputniknews.com: Kiew hält mehrere Bedingungen des Minsker Abkommen über die Regelung in der Ukraine nicht ein, europäische Journalisten wollen das aber laut Maria Sacharowa, Vizechefin des Informations- und Presseamtes des russischen Außenministeriums, nicht sehen. Dies gebe Grund, an Objektivität ihrer Berichterstattung über die Ukraine-Krise zu zweifeln.

Unter anderem verwies Sacharowa auf das jüngste „Bild“-Interview des ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko, in dem er behauptet, dass die Minsker Vereinbarungen nicht funktionieren.

Dabei habe Poroschenko „persönlich den Punkt 4 des ‚Komplexes von Maßnahmen‘ verletzt, in dem es heißt: ‚Innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung des Dokuments (am 12. Februar) einen Beschluss des ukrainischen Parlaments anzunehmen, in dem das Territorium angegeben wird, für das das Sonderregime gemäß dem ukrainischen Gesetz ‚Über den provisorischen Modus der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Regionen der Gebiete Donezk und Lugansk‘ gelten soll.“

Sacharowa verweist darauf, dass die ukrainischen Abgeordneten erst am 17. und 18. März darüber abstimmen sollen.

Die Sprecherin des Außenamtes forderte via Facebook alle User ironisch auf, ihr Links zu Beiträgen in westlichen Medien zuzuschicken, „in denen Kiew im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung dieses Punkts zumindest minimal kritisiert wird“.

„Es ist einfach interessant zu wissen, ob es Journalisten gibt, die versuchen, objektiv zu sein“, fügte sie an.

Dan-news.info: Die Streitkräfte der Ukraine haben 34 mal in den letzten 24 Stunden das „Regime der Ruhe“ verletzt und die Ortschaften der Republik und Positionen der DVR beschossen, meldete das Verteidigungsministerium der DVR.

„In den letzten 24 Stunden wurden 34 Beschüsse, in der vergangenen Nacht 15 festgestellt. Beschossen wurden die Ortschaften: Spartak, Schirokino, Gorlowka (das Gebiet des Bergwerks 6/7), das Gebiet von Peski und das Territorium des Donezker Flughafens.“

„Der Beschuss wurde mit Abwehrgeschützen, Minenwerfern, handbetriebenen und automatischen Granatwerfern durchgeführt.“

Verluste unter den Milizen gab es nicht. Es liegen auch keine Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung vor.

Dan-news.info: „Die Techniker des Zivilschutzministeriums der DVR haben das Territorium auf explosive Objekt untersucht, am 15. März wurden in Schachtjorsk 40 Artilleriegeschosse vom 125mm Kaliber gefunden“, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Explosive Elemente haben die Techniker des Ministeriums auch in Donezk, in der Stadt Kirowskoje und Dokutschajewsk gefunden.

Lug-info.com: Am vergangenen Wochenende wurden in der LVR keine Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ festgestellt, teilte die Volksmiliz der LVR mit.

Insgesamt wird ein schrittweiser Abbau der Spannung an der Kontaktlinie beobachtet.

„Das letzte Mal haben die ukrainischen Streitkräfte den Waffenstillstand am 9. März grob verletzt, als sie das Bergwerk „Perwomajskaja“ beschossen. Jetzt stabilisiert sich die Situation schrittweise“, heißt es aus der Volksmiliz.

De.sputniknews.com: Am Montag marschieren die Veteranen der ehemaligen Waffen SS in Riga wieder. Nazi-Kollaborateure, die „ihr Heimatland verteidigen wollten“ – so die Lesart der deutschen Bundesregierung, auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Mittlerweile rufen aber auch rechte Gruppierungen aus Deutschland dazu auf, am Gedenkmarsch in Riga teilzunehmen.

„Die Bundesregierung muss den Aufmarsch zum Gedenken an NS-Kollaborateure unmissverständlich und klar verurteilen als das, was es ist, nämlich rassistisch und faschistisch“, betont Sevim Dağdelen von der Partei die Linke im Interview mit Daniela Hannemann.

„Sie darf sich natürlich nicht schützend vor die baltischen Staaten, in diesem Falle Lettland, stellen, was sie ja gemacht hat in diesem Fall. Dabei geht es natürlich auch um die rechten, faschistischen Kräfte in Deutschland“, so Dağdelen. „Wir wissen, dass beispielsweise die Partei ‚die Rechte‘, die ihren Sitz in Dortmund NRW hat, zu diesem Naziaufmarsch in Riga mitmobilisiert. In diesem Zusammenhang muss die Bundesregierung auch alles tun, um hier eine faschistische Netzwerkarbeit zu verhindern.“

In der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linken zum Aufmarsch der Nazi-Kollaborateure in Riga hieß es, dass jedes Land selbst für die Aufarbeitung seiner Vergangenheit verantwortlich sei. Man könne außerdem nicht zweifelsfrei nachweisen, ob sogenannte Nazi-Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg wirklich an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen waren. Sevim Dağdelen dazu: „Das ist der nächste geschichtspolitische Tabubruch, den die Bundesregierung begeht, nachdem sie schon mehrere Tabubrüche in der Außenpolitik gemacht hat, angefangen auch von der Unterstützung einer Regierung in der Ukraine, an der ganz offen Faschisten beteiligt waren wie die Partei Swoboda, aber auch bis heute Faschisten beteiligt sind.“

„Das geht jetzt so weiter, indem man diese Nazi-Kollaborateure nicht als das bezeichnen möchte, was

sie sind. Nämlich Neonazis“, meint Dağdelen.



Rusvesna.su: In Shirokino bei Mariupol hat die ukrainische Armee Panzer mit Symbolen der DVR in die Schlacht geworfen.

Der Ort des Hauptangriffs auf die "Waffenruhe" von Seiten des ukrainischen Militärs am 15. März blieb die Südfrent. Am 14. und 15. März wurden die Positionen Milizen in der Nähe des Dorfes Shirokino wieder von Panzern beschossen.

Um sechs Uhr morgens bewegte sich eine Kolonne von Panzern der ukrainischen Armee aus Mariupol in Richtung Shirokino. Die Kolonne bestand aus mehr als einem Dutzend Fahrzeugen. Einige von ihnen trugen die Symbolik der DVR.

Diese "Operation" trug von Anfang an provozierenden Charakter...

Dan-news.info: Der Beschluss der Obersten Rada über den Status der einzelnen Regionen des Donbass muss mit den Vertretern der DVR und der LVR abgestimmt sein, erklärte heute gegenüber Journalisten das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Jede beliebige Gesetzesvorlage oder Dokument bezüglich der Situation im Donbass, das vom Präsidenten der Ukraine in die Rada eingebracht wird, muss mit der DVR und LVR abgestimmt sein. Wenn es kein abgestimmtes Dokument gibt, wo die Unterschriften von mir und Plotnizkij drauf sind, dann ist das eine Verletzung der Minsker Vereinbarung. Ich werde den morgigen Tag abwarten, wenn sie das erörtern werden, und werde eine Erklärung abgeben“, sagte er.

Nach den Worten Sachartschenkos wurde in der DVR bisher der Text des Beschlusses noch nicht gesehen. „Der Sinn und Geist der Minsker Vereinbarungen – das ist die Abstimmung aller Punkt der Vereinbarungen mit uns, mit den Einwohnern der DVR und LVR. Darin liegt der ganze Sinn. Dies betrifft sowohl die Verfassungsreformen als auch das Gesetz über den besonderen Status und alle übrigen Dinge“, unterstrich das Oberhaupt der DVR.

Gefunden bei NewsFront: Igor Strelkow zur Lage (Video mit deutschen Untertiteln)

<http://news-front.info/2015/03/16/prognose-von-igor-strelkow-bezuglich-krieg-von-usa-und-ukraine-in-neurussland/>

De.sputniknews.com: Die Facebook-Aktion „Gratuliere Angela Merkel zum Tag des Sieges!“, die ein Arzt aus der russischen Stadt Nowokusnezsk gestartet hat, wird in den sozialen Netzwerken immer populärer.

Wadim Raskin, der Initiator forderte am 11. März, als bekannt wurde, dass die Bundeskanzlerin nicht zur Siegesparade am 9. Mai nach Moskau kommen wird, die User zu einem „Flashmob“ auf: Die Teilnehmer sollen ihre Glückwünsche per Post an die Adresse „Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin Bundeskanzleramt, Fr. Angel Merkel“ schicken.

Nach seinen Angaben wurde seine Initiative auch von Einwohnern anderer Länder wie auch von zahlreichen russischen Emigranten im Ausland unterstützt.

„Merkels Ablehnung, nach Moskau zu kommen, ist nicht nur eine Kränkung für Russland, damit bringt sie auch die Deutschen in eine widersprüchliche Situation“, so Raskin. „Sollte Angela dennoch begreifen, dass der Siegestag nicht nur ein russischer, sondern unser gemeinsamer Festtag ist, würde dies bedeuten, dass das Ziel der Aktion erreicht ist.“

Er betont, dass die User, die sich der Aktion anschließen wollen, „von Beleidigungen und Kränkungen“ an die Adresse der Bundeskanzlerin absehen sollten.



Nachmittags:

De.sputniknews.com: Moskau ist laut Außenminister Sergej Lawrow bereit, über die Entsendung einer Friedensmission in die Region Donbass zu diskutieren, wenn die Konfliktparteien in der Ostukraine entsprechendes Interesse zeigen werden.

„Über gegenseitig annehmbare Formen der Überwachung der erzielten Vereinbarungen durch beide Seiten sollten sich die Konfliktparteien einigen“, sagte er am Montag gegenüber RIA Novosti.

„Offen gesagt, haben wir nichts gegen die Behandlung beliebiger Vorschläge“, sagte er. „Darüber muss man aber mit den Konfliktparteien sprechen.“

Der Minister verwies darauf, dass in den Minsker Vereinbarungen über die Regelung in der Ukraine die Rolle der OSZE-Beobachterkommission und der Kontaktgruppe exakt dargelegt sind. Das Thema Friedensmission sei bei den Verhandlungen in Minsk nicht angeschnitten worden, wobei der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin das Gegenteil behauptete.

Gemeinsam mit Frankreich und Deutschland habe Russland einen Resolutionsentwurf zur Regelung in der Ostukraine auf der Basis der Minsker Vereinbarungen im Sicherheitsrat vorgelegt. „Der Sicherheitsrat hat die Minsker Dokumente mit einer einstimmig angenommenen Resolution gebilligt“, fügte Lawrow hinzu.

Dan-news.info: Bis spätestens Ende März werden die Treibstoffpreise an allen Tankstellen der DVR auf 20 Griwna pro Liter gesunken sein, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Die Preise an den Tankstellen, die mit uns einen Vertrag über Zusammenarbeit unterschrieben haben, werden morgen-übermorgen sinken. Bis Ende des Monats denke ich müssen an allen Tankstellen der DVR die Preise zur Level von 20 Griwna zurückkehren, wie ich schon vorher sagte“, erklärte Sachartschenko.

Dan-news.info:b „Alle ukrainischen Massenmedien, die an der Anheizung des Konflikts im Donbass beteiligt und Projekte, die in der Öffentlichkeit Hass gegenüber der DVR hervorrufen, werden auf dem Territorium der DVR nicht zugelassen werden“, erklärte der stellvertretende Sprecher des

Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

In dem heute in die Rada eingebrachten Gesetzesentwurf zur Änderungen des Gesetzes über den besonderen Status des Donbass ist insbesondere vorgesehen, dass außerordentliche Wahlen zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung im Donbass bei Absicherung der Arbeit der ukrainischen Fernseh- und Radiosender in der Region durchgeführt werden müssen.

De.sputniknews.com: Mehrere Hundert Menschen haben nach polizeilichen Angaben an einem Aufmarsch von Veteranen der Waffen-SS im Zentrum der lettischen Hauptstadt Riga teilgenommen. Neben ehemaligen Nazi-Kollaborateuren nahmen auch Abgeordnete des lettischen Parlaments von der nationalistischen Partei „Visu Latvijai!“ („Alles für Lettland“) an dem Aufmarsch teil. Die Prozession zog von der St. Johanniskirche in der Innenstadt bis zum Freiheitsdenkmal. Mehrere Hundert Ordnungshüter waren im Einsatz.

Eine Frau lief auf die Marschsäule zu und begann, das sowjetische patriotische Lied „Der heilige Krieg“ in russischer Sprache zu singen. Die Polizisten zogen sie auf die Seite, ohne sie allerdings festzunehmen.

Jedes Jahr am 16. März marschieren ehemalige Mitglieder der Lettischen SS-Freiwilligen-Legion und ihre Anhänger durch Riga. An der Veranstaltung nehmen Hunderte Menschen teil. Russland hatte die Regierung Lettlands dafür wiederholt kritisiert. Das russische Außenministerium bezeichnet den Marsch als Schande und zynische Verunglimpfung der Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges. Die SS sowie der SD, die Gestapo und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) wurden bei den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisationen eingestuft. In den Konzentrationslagern, die unter anderem durch die SS europaweit eingerichtet worden waren, wurden mehr als elf Millionen Menschen getötet. Der Anteil von Kindern unter 14 Jahren betrug zwischen 12 und 15 Prozent.

Dan-news.info: Ein Panzer der ukrainischen Streitkräfte hat das Feuer auf einen Lastwagen der Milizen der DVR eröffnet. Darüber informierte heute das Verteidigungsministerium der DVR. „Im Gebiet der Ortschaft Saitschenko, Richtung Mariupol, hat ein Panzer der ukrainischen Streitkräfte zielgerichtet auf einen Lastwagen aus einer Abteilung der Armee der Republik eröffnet, in der Folge starben zwei Milizangehörige der DVR“, teilte das Verteidigungsministerium mit. Nach den Worten des Vertreters des Verteidigungsministeriums hat das militärische Kommando der DVR über diese Tragödie sofort die Vertreter der OSZE informiert.

Interfax.ru: Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko hat in die Oberste Rada ein Gesetz über die Änderung des Paragraphen 10 des Gesetzes „Über eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“ eingebracht.

„Die von dem angegebenen Gesetz vorgesehene besondere Ordnung der Tätigkeit der Organe der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk werden ausschließlich durch die Organe der örtlichen Selbstverwaltung realisiert, die bei außerordentlichen Wahlen, die in Übereinstimmung mit der Verfassung der Ukraine, diesem und anderen Gesetzen der Ukraine festgelegt und durchgeführt werden“, heißt es in dem Gesetzentwurf.

Dan-news.info: Die Gesetzesvorlage über die Einfügung von Änderungen in das Gesetz über den besonderen Status des Donbass, dessen Initiator der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko ist, passt nicht mit dem Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zusammen. Dies erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Dort ist eine Menge Unvereinbarkeiten mit dem Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar“, sagte er bezüglich des heute in die Rada eingebrachten Dokuments.

Nach den Worten Puschilins wird die DVR ihrerseits „Zusätze und Veränderungen“ einbringen. „Schon jetzt arbeiten unsere Juristen daran“, sagte der stellvertretende Sprecher.

Der Präsident der Ukraine hat ein Paket von Dokumenten in die Rada eingebracht, die die

Situation im Donbass betreffen. Unter ihnen der Gesetzesentwurf über die Änderungen von Paragraph 10 des Gesetzes über einen besonderen Status, eine Beschlussvorlage über die Anrufung des UN-Sicherheitsrats und des EU-Rats über die Entsendung von internationalen Operationen auf das Territorium der Ukraine zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit. Außerdem wurde heute der Text des Beschlusses (eingebracht am 14. März) über die Bestimmung der Regionen veröffentlicht, auf die sich der besondere politische und ökonomische Status erstreckt. Darunter fallen alle Territorien der DVR und LVR in den Grenzen vom 19. September 2014.

Dan-news.info: In der DVR hat heute die Auszahlung von Stipendien begonnen erklärte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko auf einer Versammlung mit Vertretern der Gewerkschaften und Ministerien.

Obwohl gewöhnlich Ausbildungsunterstützungen nur an die Studenten mit gutem Erfolg gezahlt werden, schlug das Staatsoberhaupt vor das erste Stipendium allen Studenten ohne Ausnahme zu zahlen.

Nach Angaben des Bildungsministeriums studieren an den Hochschulen der DVR ca. 23.000 Studenten.

Die Höhe der Stipendien hängt von der Art der Ausbildung, der Ausbildungsebene und der sozialen Lage des Studenten ab und beträgt zwischen 275 und 830 Griwna.

Lug-info.com: Die von der Kiewer Regierung vorgeschlagenen Änderungen im Gesetzes der Ukraine über den besonderen Status einzelner Regionen des Donbass blockiert die Gültigkeit des Gesetzes, erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnego....

„Hier ist es nötig sofort zwei prinzipiell wichtige Momente anzumerken. Erstens, die Einfügung solcher Änderungen in das Gesetz ist nicht vom Maßnahmenkomplex vorgesehen, der am 12 Februar in Minsk angenommen wurde. Die von Kiew vorgeschlagenen gesetzgeberischen Initiativen verändern die Abfolge der Handlungen und die Logik des Prozesses selbst, der im Maßnahmenkomplex vorgesehen ist. Der Versuche, dieses Gesetz anzunehmen verlässt direkt den Kontext des Maßnahmenkomplexes. Die eingebrachten Vorlagen widersprechen unseren Vereinbarungen“, erklärte Dejnego.

„Zweitens, blockieren diese Änderungen die Gültigkeit des Gesetzes. In Zusammenhang damit, dass die Ukraine gezwungen ist einen Beschluss über die Bestimmung der Subjekte dieses Gesetzes (die in Paragraph 1 vorgesehene Liste von Ortschaften, auf die sich der besondere Status erstreckt) vorzubereiten und einzubringen, versucht Kiew jetzt mit anderen Mitteln die Gültigkeit dieses Gesetzes zu blockieren“, sagte er.

„In unseren Augen schaffen sie eine rechtliche, gesetzgeberische Kollision, die zu folgendem führt: Die Paragraphen 2-9 des Gesetzes „Über den besonderen Status...“ treten ab dem Moment der Einführung der Vollmachten der Organe der örtlichen Selbstverwaltung in Kraft, die in außerordentlichen Wahlen gewählt werden, die in Übereinstimmung sowohl mit der Verfassung als auch mit diesem Gesetz durchgeführt werden müssen. Das Datum der Durchführung dieser Wahlen setzt dieses Gesetz in Teil 2 von Paragraph 10 fest, das gilt und in dem steht, dass die Wahlen am 7. Dezember 2014 durchgeführt werden“, erklärte Dejnego.

„Das heißt, sie bestimmten, dass die Paragraphen 2-9 ab dem Moment der Einführung der Organe zu gelten beginnen, die bei den Wahlen hätten gewählt werden sollen, die nicht stattfanden.. Das heißt – nie!“, sagte Dejnego.

„So verletzt Kiew nicht nur die Vereinbarungen, die im Maßnahmenkomplex niedergeschrieben sind, sondern schafft eine gefährliche rechtliche Kollision, die die Gültigkeit des Gesetzes blockiert“, sagte er.

„Dies ist eine direkte Verletzung der Kiewer Vereinbarungen.“

Lug-info.com: Die Versuche Kiews Fragen der Durchführung der Wahlen im Donbass vor den Reformen der Verfassung der Ukraine anzuschneiden verletzt die Minsker Vereinbarungen, erklärte der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin.

Informationen über die Festlegung der Liste der Orte für den Geltungsbereich des Gesetzes über einen besonderen Status ... wurden mit der LVR in keiner Weise kommuniziert oder konsultiert. Es liegen nur Informationen aus den Massenmedien vor.

„Entsprechend muss angemerkt werden, dass die Fragen, die angesprochen werden, die die Wahlen betreffen, schon die nächste Etappe (der Minsker Vereinbarungen) sind, nach den Verfassungsreformen“, erklärte Karjakin.

„Das heißt, die Ukraine versucht Punkte (der Minsker Vereinbarungen) zu überspringen und verletzt so jedes Mal die erreichten Vereinbarungen, die direkt von den Garanten unterschrieben wurden – Frankreich, Deutschland, Russland“, sagte Karjakin.

Karjakin kommentierte die Erklärung Poroschenkos, dass der Donbass den besonderen Status erst nach der Durchführung der Wahlen erhält.

„Ich sage es noch einmal: Wahlen finden erst dann statt, wenn eine Verfassungsreform stattgefunden hat, die wiederum unter Teilnahme der Einwohner der angegebenen Gebiete erfolgen muss. Das sind heute die DVR und die LVR“, unterstrich Karjakin.

„Insgesamt sehen wir nur eins – den Unwillen Kiews einen Dialog zu führen und auf friedlichem Weg Vereinbarungen zu erreichen, die in erster Linie den Frieden in diesem Gebiet garantierten können“, sagte er. „Frieden ist für Kiew nicht nützlich.“

Karjakin berührte auch die Frage der möglichen Durchführung von Wahlen auf dem zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorium der LVR vor einer Durchführung von Verfassungsreformen.

„Krieg werden wir nicht führen, um das zu verhindern“, erklärte er.

„Dennoch wissen wir, wie die Präsidentschaftswahlen abliefen, als den Menschen einfach gedroht wurde. Beispielsweise sind sie in die Unternehmen gekommen und haben gesagt: Wer nicht zu Abstimmung geht, wird entlassen. Mit solchen Einschüchterungsmethoden, ja da kann die Ukraine Wahlen auf diesem Territorium durchführen.“

„Aber wir kommunizieren auch mit den Menschen in den besetzten Gebieten. Und die Menschen äußern die Hoffnung, dass möglichst schnell all dies beendet wird und diese Frage möglichst schnell gelöst wird. Niemand will Krieg. Aber in der Ukraine will dort auch niemand bleiben“, sagte Karjakin.

Er unterstrich, dass die LVR niemals solche „Wahlen“ auf den besetzten Gebieten anerkennen wird.

„Nein, natürlich. Weil wir eine allgemeine Vereinbarung haben – das ist die Minsker Vereinbarung“, sagte er.

„Es gibt ein Dokument. Es wurde von den Garanten unterschrieben, es muss vollständig beachtet werden. Wenn es nicht erfüllt wird - worüber kann man dann reden? Was können wir anerkennen?“

Dan-news.info: Ein Multiwährungsabrechnungssystem kann schon im Verlauf dieser Woche in der DVR eingeführt werden, erklärte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Wir wollen das richtig tun, vorbereitet, die Möglichkeiten und den Abrechnungsmechanismus selbst durchrechnen. Ich denke, in dieser Woche werden die letzten vorbereitenden Maßnahmen abgeschlossen und ein Erlass ausgegeben werden“.

„Wir müssen verstehen, dass wir in die RF verkaufen müssen, Valuta erhalten müssen, und erst danach, nicht auf Gut Glück, erklären, dass wir eine Multiwährungszone sind. Man muss an diese Sache verantwortungsbewusst herangehen“, fügte er hinzu. ...

In der LVR ist eine offizielle Genehmigung bei Abrechnung vier Währungen zu verwenden – Griwna, Rubel, Dollar und Euro – am 15 März in Kraft getreten. Dabei werden die Preise der Waren und Dienstleistungen wie zuvor in Griwna angegeben.

Dnr-online.ru: Die Oberste Rada der Ukraine muss die Gesetzesvorlage über den besonderen Status des Donbass erörtern. Aber unter den aufgezählten Ortschaften hat die ukrainische Regierung Debalzewo nicht angegeben. So verletzt das offizielle Kiew bewusst die Minsker Vereinbarungen, erklärte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Jedes Gesetzesprojekt über den Donbass, das in die Oberste Rada eingebracht wird, muss mit der DVR und LVR abgestimmt sein. Wenn es keine abgestimmte Liste gibt, auf der unsere Unterschriften stehen, so ist dies eine Verletzung der Minsker Vereinbarungen. Ich habe noch nicht selbst gesehen, was sie eingebracht habe. Morgen werden wir sehen. Der Sinn, der Geist der Minsker Vereinbarungen impliziert das folgende: Abstimmung mit uns wie mit den Einwohner. Aber Kiew verletzt die grundlegenden Prinzipien, die in den Minsker Verhandlungen niedergeschrieben wurden“, erklärte Alexandr Sachartschenko.

De.sputniknews.com: Premier Arseni Jazenjuk hat das Verteidigungsministerium und den Generalstab aufgefordert, die ukrainische Armee in volle Einsatzbereitschaft zu versetzen.

Die Situation im Krisengebiet Donbass „erfordert vom Verteidigungsministerium und dem Generalstab, die ukrainischen Streitkräfte in volle Einsatzbereitschaft zu versetzen“, äußerte Jazenjuk am Montag in einer Konferenzschaltung mit Vertretern der Gebietsbehörden.

Der ukrainische Zivilschutz müsse außerdem Schritte zum Schutz der Zivilbevölkerung unternehmen, darunter auch Luftschutzräume einrichten, betonte er.

Er wandte an das Innenministerium und andere Sicherheitsbehörden, gegen den Terrorismus härter vorzugehen und jeden zu verfolgen, der „das Leben der Ukrainer gefährdet und die ukrainische Unabhängigkeit bedroht“.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR, Alexandr Sachartschenko antwortete auf Fragen von Journalisten.

„Der Präsident der Ukraine kam als unterlegene Seite, für ihn wurde eingetreten und gebeten, damit Soldaten nicht getötet werden. Wir kamen ihm entgegen, gaben der Partei des Friedens die Möglichkeit fortzufahren. Wenn sie wieder beginnen Dinge nicht einzuhalten, kann ich noch einmal sagen, dass es eine Menge Varianten der Schaffung neuer Kessel gibt. Es gibt ein altes russisches Sprichwort: Gott liebt die Dreierheit. Zwei Kessel gab es schon.“

abends:

Lug-info.com: Ihre Solidarität mit dem Volk des Donbass hat die baskische Gewerkschaft LAB, die Mitglied im Weltgewerkschaftsbund ist, zum Ausdruck gebracht.

„Wir sind sehr an Informationen über die Situation in eurem Land interessiert und wären froh Verbindungen mit euch zu pflegen. Hier, im Baskenland, versuchen die Massenmedien eure Situation als Resultat eines Krieges zwischen der Ukraine (der guten Seite) und Russland (der schlechten Seite) zu erklären. Aber wir wissen, dass die Situation etwas anders ist“, heißt es in dem Brief.

„Bei uns im Baskenland gibt es einen vieljährig Erfahrung des Kampfes und wir wissen, welche Rolle darin die Massenmedien spielen. Wir wären dankbar, wenn ihr uns regelmäßig Informationen schicken könnt. Wir versprechen euch, dass ich alles was kann tun werde, um eure Informationen an unsere Organisationen und an anderen internationalistische Organisationen weiterzugeben“, heißt es in dem Brief.

Ukrinform.ua: Deutschland wird eine Finanzhilfe für die Ukraine in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Dies wurde bei einem Treffen des Präsidenten der Ukraine Poroschenko mit dem Bundespräsidenten Joachim Gauck Deutschland in Berlin besprochen, wie der Pressedienst des ukrainischen Staates mitteilt.

"Der Präsident bedankte sich für die in Deutschland beschlossene Hilfe für die Ukraine in Höhe von 500 Millionen Euro, darunter 200 Millionen für makroökonomische Hilfe", heißt es in einer Erklärung. Zur gleichen Zeit wies Poroschenko auf die Unterstützung bei der Behandlung von Soldaten, die auf dem Gebiet der ATO verwundet wurden, von deutscher Seite hin.

Während der Sitzung informierte der Präsident seinem deutschen Kollegen über die Lage im Donbass und betonte die Notwendigkeit der Freilassung aller Geiseln, darunter den Regisseur Sentsov und der ukrainischen Fliegerin Savchenko.

Poroschenko lenkte die Aufmerksamkeit des Bundespräsidenten der BRD auch auf die Verfolgung der ukrainischen Kirche in den besetzten Gebieten. Die Parteien einigten sich auf die Notwendigkeit der Fortsetzung und Erweiterung der Sanktionen gegen Russland.

Während des Gesprächs zwischen Poroschenko und Gauck lag der Schwerpunkt auf den Prioritäten der europäischen und euroatlantischen Integration der Ukraine. Der ukrainische Präsident betonte, die Ukraine erwartet vom Gipfel der "Östlichen Partnerschaft" in Riga im Mai dieses Jahres, dass über die Visafreiheit für Ukrainer seitens der EU entschieden wird.

Schließlich lud Poroschenko Gauck ein, die Ukraine zu besuchen.

Gefunden auf Facebook: Protest gegen Poroschenko in Berlin
Anlässlich des Deutschland-Besuches des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko fand in Berlin ein Protest gegen diesen statt.



Dan-news.info: Erklärung Puschins über die in die Oberste Rada eingebrachten Dokumente, die den Status des Donbass bestimmen

1. Kiew demonstriert wieder, mit einer einem hohen Einsatz würdiger Beharrlichkeit den Unwillen dem Minsker Friedensplan zu folgen.
2. Punkt 3 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar verpflichtete die oberste Rada einen Beschluss anzunehmen mit einer Liste von Gebieten, in denen das besondere Regime (Status) gilt, in Übereinstimmung mit dem Paragraphen 1 des Gesetzes der Ukraine „Über den besonderen Status“. Aber in der Vorlage sind bis zum jetzigen Moment keine Gebiete und Ortschaften angegeben, denen der besondere Status zugewiesen ist.
3. Die Minsker Vereinbarungen sehen keine Einfügung von Änderungen in das Gesetz „Über den besonderen Status des Donbass“ vor. Dennoch enthalten die Vorlagen solche Änderungen, als „Anhang“ zur Beschlussvorlage. Dabei sind es Änderungen, die vollständig den Inhalt des besonderen Status verändern und seine Einführung auf unbestimmte Zeit verschieben. Wir haben zuvor vor solchen Versuchen gewarnt.
4. Außerdem errichten die genannten Änderungen in einseitiger Weise die Bedingungen für die örtlichen Wahlen im Donbass, obwohl Punkt 12 Maßnahmekomplexes direkt auf die Notwendigkeit des Dialogs und die Abstimmung dieser Fragen mit den Vertretern der DVR und der LVR verweist.
5. Wir halten die in die Rada eingebrachte Beschlussvorlage und die Gesetzesvorlage über Änderungen in § 10 des Gesetzes „Über den besonderen Status des Donbass“ für eine äußerst grobe Verletzung des Friedensplans, der von der Kontaktgruppe bestätigt wurde und von den Führern der „normannischen Vier“ unterstützt wird. Die Annahme dieser Dokumente kann zu einem Scheitern der Realisierung des Maßnahmekomplexes und der gesamten friedlichen Regelung führen.
6. Noch einmal wenden wir uns die Führer Deutschlands, Frankreichs und Russlands mit der Bitte die Kiewer Regierung auf den Weg der ehrlichen Arbeit an einer politischen Regelung und Beendigung des Bürgerkriegs zurückzuführen.